

20.01.2012

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die
Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt
am 12.01.2012

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 20:00 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU

Trocha, Harald
Gebhardt, Roland
Mau, Hans-Joachim

Anwesend bis TOP 7.1.1

Anwesend ab TOP 7.1.2

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Pätzold, Hans-Joachim
Schwierz, Andreas

Anwesend bis TOP 6.3

Anwesend ab TOP 6.4

Fraktion der SPD

Laue, Harald
Dreibrodt, Hans-Peter

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Otto, Hans-Georg

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN

Busch, Thomas

Anwesend ab TOP 4.1

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen, Dr.

Anwesend ab TOP 4.1

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage 1)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie – mit 7 stimmberechtigten Stadträten - die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde durch **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, aufgrund der themenbezogen anwesenden Gäste, vorgeschlagen, den Tagesordnungspunkt 5.1 „Investitionsprogramm nationale UNESCO - Welterbestätten - Aktualisierung der Maßnahme Besucher- und Ausstellungszentrum am Bauhaus in den Programmjahren 2009 und 2010 (DR/BV/439/2011/VI-61“ vorzuziehen und nach der Genehmigung der Niederschriften zu beraten.

Diesem Vorschlag wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde geändert und einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschriften des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 07.11.2011

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 07.11.2011 wurden keine Änderungen oder Ergänzungen vorgebracht.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt stellte die die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 1

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 07.11.2011 wurde ungeändert bestätigt.

3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 24.11.2011

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 24.11.2011 wurden keine Änderungen oder Ergänzungen vorgebracht.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt stellte die die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

4 : 0 : 3

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 24.11.2011 wurde ungeändert bestätigt.

4. Öffentliche Beschlussvorlagen

4.1. Investitionsprogramm nationale UNESCO - Welterbestätten - Aktualisierung der Maßnahme Besucher- und Ausstellungszentrum am Bauhaus in den Programmjahren 2009 und 2010 Vorlage: DR/BV/439/2011/VI-61

Dem eingangs durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** gestellten Antrag zur Erteilung des Rederechts für Herrn Prof. Oswald wurde zugestimmt.

Einführend wurden durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, mit der Entwicklung des Vorhabens Besucher- und Ausstellungszentrum am Bauhaus sowie der ausgebliebenen Komplementärfinanzierung des Landes für die UNESCO-Mittel des Programmjahres 2010 die Begründungen für die zur Diskussion stehenden Beschlussvorlage erläutert. Demzufolge sei eine Korrektur der Maßnahmeeinhalte vorzunehmen gewesen, die sich auf die Verbesserung der Infrastruktur in den Bestandsgebäuden beziehe. In der laufenden Projektbearbeitung sei das Dezernat für Wirtschaft und Stadtentwicklung für die Bewirtschaftung der Mittel zuständig, das Amt für Kultur sowie die Stiftung Bauhaus zeichnen für die Inhalte der Maßnahmen verantwortlich.

Herr Prof. Oswald, Direktor der Stiftung Bauhaus Dessau, beschrieb den vorangegangenen Prozess der Entwicklung der Maßnahmen, die zeitliche Bindung der bewilligten Fördermittel und die politische Willensbildung in Bezug auf das Vorhaben Besucher- und Ausstellungszentrum und den damit verbundenen Einfluss auf die Vorhaben im UNESCO-Welterbeprogramm. Letztendlich seien die Überlegungen dahin gemündet, die Teile des Raumprogramms, die sich auf den Besucherservice beziehen, in das Bauhausgebäude zu integrieren. Dies habe sowohl Vor- als auch Nachteile, die er nachfolgend u. a. mit der direkten Besucherinformation sowie der denkmalverträglichen Nutzung umriss.

Offen sei weiterhin der Bereich der Ausstellung, wobei im Oktober 2011 die Basis dafür geschaffen wurde, um mittelfristig eine Lösung des Problems zu erreichen. In der Bearbeitung des Vorhabens wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe gebildet, die unter Einbindung der Arbeitsebene mit einer zielführenden Struktur an der Klärung der offenen Fragen arbeite. Schwerpunkte bilden dabei die Verwendung der UNESCO-Mittel, die Ausstellungsproblematik, die Zukunft der Meisterhäuser, künftige Investitionen sowie die Idee einer Landesausstellung zur Moderne im Jahr 2016.

Als wesentlich bezeichnete Herr Prof. Oswald den Grundsatzbeschluss des Landtages am 17.12.2011 zur Vorbereitung des Bauhaus-Jubiläums im Jahr 2019 und der regelmäßigen Berichterstattung in Vorbereitung des Jubiläums.

Herr Schönemann äußerte seine Enttäuschung darüber, dass die ursprüngliche Entwicklung keine Fortführung fand. Die Investition in den Bestand bezeichnete er als eine Rolle rückwärts, vor dem Hintergrund, dass die Mittel verausgabt werden müssen. Der Stadtrat werde in Bezug auf seine klaren Beschlüsse zum Vorhaben Besucher- und Ausstellungszentrum und dessen Standort entmündigt. Darüber hinaus werde das Grundkonzept eines touristischen Pfades der Moderne durch das Stadtgebiet durch die Maßnahmen nicht voran gebracht.

Er votiere weiterhin für ein autarkes Besucher- und Ausstellungszentrum, das Vorhaben halte er nach wie vor für möglich. Zum Standort könne man sich verständigen. Ein Ausstellungszentrum sei unverzichtbar, aber nicht als weiteres Museum.

Die Verständigung im Landtag sei zu begrüßen, dem heutigen Beschlussvorschlag zu folgen, falle schwer. Hier entscheide man sich für eine rein pragmatische Lösung, Alternativen – beispielsweise, die Mittel zwischenzeitlich einer anderen Verwendung zuzuführen – bleiben unberücksichtigt. Aufgrund des zeitlichen Ablaufs erfolge ein Diktat der Inhalte.

Durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wurde als bedauerlich bezeichnet, dass die große Lösung eines Besucher- und Ausstellungszentrum – unabhängig vom Standort - nicht mehr verfolgt werde. Den Überlegungen, die Erstinformation der Besucher im Bauhausgebäude vorzunehmen, könne er folgen. Einige Fragen werfe das Projekt dennoch auf. Hier sei die Notwendigkeit von Duschen für Radfahrer zu nennen, dafür sei die Verwendung der Mittel zu schade. In Anbetracht der im Umfeld bestehenden Einrichtungen seien die Projektinhalte Fahrradservice und –verleih kritisch zu hinterfragen.

Zur weiteren Bearbeitung des Projekts sei die künftig geplante Einbeziehung der Politik zu hinterfragen, laut Vorlage sei die Planung weiter zu führen, die entsprechend zu planenden Teilprojekte seien unklar.

Die Mittel für nachhaltige Maßnahmen im Bestand zu verwenden, sei eine Vorgabe des Landes, so **Herr Prof. Oswald**. Die Einrichtung von Fahrradduschen – jeweils eine für Frauen und Männer – habe man auf Empfehlung von Touristikern vorgesehen. Die Einrichtung eines Fahrradverleihs befinde sich hinsichtlich der Ausgestaltung noch in Prüfung, eine Konkurrenz zu bestehenden Angeboten werde nicht resultieren. In den ursprünglichen Planungen habe man in Bezug auf den gesamten Mittelbedarf in den Bestandsgebäuden einen Kostenumfang von ca. 9 Mio. € ermittelt.

Zur Frage der weiteren Vorgehensweise und dem Willen des Landes sei zu erläutern, dass die Problematik Ausstellung als Projekt der Stiftung Bauhaus voranzutreiben sei. Zur Klärung des bestehenden Informationsbedarfs äußerte er den Wunsch, eine gemeinsame Beratung der Experten, der Stadträte und von Vertretern der Stiftung Bauhaus durchzuführen.

Auf Nachfrage von **Herrn Schönemann**, ob mit der Umsetzung des Projekts das Thema Besucherzentrum als gelöst und das Thema Ausstellungszentrum als Problem der Stiftung Bauhaus angesehen werde, bestätigte dies **Herr Prof. Oswald** als Meinung des Kultusministeriums.

Bezug nehmend auf die Beschlusslage des Stadtrates zum Besucher- und Ausstellungszentrum erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass man diesen Beschluss vorerst aufrecht erhalten werde, um bei nachfolgenden Meinungsänderungen oder sonstigen Entwicklungen den Prozess offener gestalten zu können. Zur Bauleitplanung für das Vorhaben, deren Bearbeitung **Herr Otto** hinterfragte, wurde erläutert, dass das Verfahren ausgesetzt werde.

Die Standortfrage sei auch ein Thema, dem sich die interministerielle Arbeitsgruppe widmen werde, so **Herr Prof. Oswald**.

Seiner Sorge Ausdruck verleihend, dass hier nur die Meinung der Stiftung Bauhaus transportiert werde, forderte **Herr Otto** eine rechtzeitige Beteiligung der Politik bei weiteren Entwicklungen und deren Mitnahme bei künftigen Diskussionen.

Das Angebot der Stiftung eine thematische Klausurtagung durchzuführen sei, auch um eine Kooperationsvereinbarung auf den Weg zu bringen, anzunehmen, so **Herr Schönemann**.

Die Äußerung von Herrn Otto könne man so nicht stehen lassen, meinte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Die Politik sei frühzeitig in die konzeptionellen Überlegungen und die Auseinandersetzungen zum Standort eingebunden worden.

Trotz allem sehe er bei der nunmehr angestrebten Verwendung der Mittel das Problem, das bereits in der Planung der Meisterhäuser auftrat, so **Herr Schönemann**. Die Form solle der Funktion folgen, dies sei auch hier zu beachten. Das Bauhaus sei eine Schule und kein Museum. Den Grund der derzeitigen Situation sei der Halbherzigkeit des Landes zuzuschreiben.

An Herrn Otto gewandt, bemerkte **Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, dass dieser nicht in der Lage gewesen sei, die Mehrheitsentscheidungen der Vergangenheit zu akzeptieren. Das Vorhaben sei fortzuführen, für das Museumsprojekt sei ein geeigneter Standort im weiteren Verfahren zu prüfen.

Der einmütige Beschluss des Stadtrates habe seine Wirkung auf Landesebene nicht verfehlt. Er habe mit dem Ministerpräsidenten am gestrigen Tag ein Gespräch zum Thema geführt, die Wirkung des Vorhabens für das Land Sachsen-Anhalt und die Bundesrepublik verdeutlicht und eine positive Rückäußerung sowie Zustimmung erhalten. Man könne von einer Unterstützung auf höchster Landesebene ausgehen. Nötig sei jetzt ein mahnendes Nachgreifen zur weiteren Entwicklung des Projekts.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorschläge wurden zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 3

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert bestätigt.

5. Öffentliche Informationsvorlagen

5.1. Verkehrsorganisation in Dessau-Nord, östlich der Albrechtstraße Vorlage: DR/IV/072/2011/II-32

Einführungsbedarf wurde nicht geäußert.

Seitens **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wurde zum Vorgang auf typisches Beamtentum aufmerksam gemacht, da die letztendliche Wirkung der Änderung der Verkehrsorganisation unverändert bleibe, lediglich neue Regelungen für Radfahrer beinhalte und demgegenüber Kosten verursache.

Frau Lindner, Leiterin des Amtes für öffentliche Sicherheit und Ordnung, verwies auf die Entscheidungskraft der Aufsichtsbehörde, bestätigte jedoch die schwer nachvollziehbare Änderung der Beschilderung. Die Bundesgesetzgebung bilde hierzu die Grundlage. Um das Verständnis in der Bevölkerung zu erhöhen, sei eine öffentliche Darstellung des Vorgangs zur Erläuterung vorgesehen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde **zur Kenntnis genommen**.

5.2. Sanierungsgebiet Altstadt Roßlau, Porsestraße (Teilstück) Vorlage: DR/IV/050/2011/VI-66

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**5.3. Ostrandstraße 3. BA Zweite Muldebrücke
Information über Terminablauf und Risikobewertung der Planfeststellung
für die lichtsignalisierte Kreuzungslösung
Vorlage: DR/IV/069/2011/VI-66**

Einführungsbedarf wurde nicht geäußert.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, äußerte sein Unverständnis zum Terminablauf, der allein dazu diene, das Vorhaben in eine folgende Förderperiode zu verschieben. Durch ein privates Ingenieurbüro sei das Projekt in der Hälfte der Zeit und noch dazu kostengünstiger zu bewältigen.

Die Information, die hier deutlich dargestellt sei, habe die Verwaltung bereits im Stadtrat gegeben, so **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Diesen Argumenten wurde bisher jedoch kein Glauben geschenkt.

Dass das Problem anders gelagert sei, bemerkte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, da die Terminverzögerungen vom Beginn des Verfahrens resultierten. Man könne hier nur für künftige Verfahren lernen. Darüber hinaus sei die Taktiererei der Vergangenheit nicht in der Verwaltung begründet. Man rücke in zeitlicher Hinsicht ab von der verkehrspolitischen Zielstellung, der Beruhigung der Innenstadt und Aufwertung der Kavalleriestraße. Vom Oberbürgermeister hätte man in dieser Beziehung mehr Durchsetzungsvermögen und Führungskraft erwartet.

Die Durchführung eines Beratungstermins mit den Fraktionen zur Erläuterung des Terminablaufs durch die Verwaltung schlug **Herr Otto** vor.

Man setze in seinem Dezernat sehr gute Managementinstrumente ein, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, so dass man diese Entwicklung frühzeitig erkannt, Alternativen gesucht und den Stadtrat informiert habe. Das Ergebnis sei enttäuschend, die Abläufe normativer Verfahren und deren Zeitbedarf könne man jedoch nicht ändern.

Klar sei, dass zu Beginn des Projekts die Beteiligungsverfahren sehr viel Zeit gekostet hätten, so dass die ursprüngliche Zielstellung unrealistisch sei. Den dargestellten Ablauf bezeichnete er als absolut realistisch.

Er bedauere den Ablauf, insbesondere für die Bürger und die Wirtschaft, die fest mit der Umsetzung der Nordumgehung im geplanten zeitlichen Rahmen gerechnet hätten. Den Vorschlag von Herrn Otto, die Terminstellungen durch die Verwaltung näher zu erläutern, werde man annehmen und dafür zeitnah einen Gesprächstermin vereinbaren.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6. Öffentliche Beschlussfassungen

6.1. Projektantrag "Städte wagen Wildnis - Vielfalt erleben" Vorlage: DR/BV/424/2011/VI-65

Einführungsbedarf wurde nicht geäußert.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, verglich das Projekt mit der Erstellung des Baumkatasters. Auch hier sichere man sich die Arbeitsplätze für die nächsten fünf Jahre. Die Frage sei, warum der Bund immer wieder solche Förderprogramme auflege. Er hätte es lieber gesehen, die entsprechenden Stellen einzusparen.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorschläge wurden zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 1 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich, ungeändert bestätigt.

6.2. Ersatzneubau Muldebrücke (BW 11) im Zuge der B 185 Maßnahmebeschluss Vorlage: DR/BV/446/2011/VI-66

Einführend erläuterte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, die Zielstellung, die mit diesem Maßnahmebeschluss verfolgt werde. Nach Entscheidung des Stadtrates zur Verwendung der Fördermittel – in der Vorlage werde der Termin Ende März 2012 genannt – sei damit die Grundlage zur Umsetzung des Ersatzneubaus für die Muldebrücke geschaffen. Der beinhaltete Ablaufplan verweise auf optimierte Terminstellungen, die sichern, dass die Mittel fristgerechte Verwendung finden.

Das Planfeststellungsverfahren werde durch das Landesverwaltungsamt geführt, Einwände gegen das Vorhaben liegen nicht vor, so dass der Planfeststellungsbeschluss derzeit bearbeitet und bereits im 2. Quartal 2012 vorliegen werde.

Die Nachfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, ob der Maßnahmebeschluss für die Ostrandstraße ebenso vorliege wurde durch **Herrn Pfefferkorn** verneint. Abschließend wies **Herr Otto** auf irreführende Lagebezeichnungen in der Vorlage, Anlagen C und D hin.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorschläge wurden zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 3

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert bestätigt.

6.3. Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 60 "Altenpflegeheim am Schillerplatz" Vorlage: DR/BV/112/2011/VI-61

Da in der letzten Stadtratssitzung die Beschlussvorlage in den Ausschuss zurück verwiesen wurde, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, stehe der Aufstellungsbeschluss für das Altenpflegeheim Schillerplatz erneut auf der Tagesordnung. Sei-

tens der Verwaltung wurde nach der Stadtratssitzung eine Beratung mit dem Investor geführt, um eine Chancen- und Risikenabwägung der Standorte vorzunehmen. Hierbei erklärte der Investor ein Umschwenken auf den Standort Feldstraße. Nunmehr werden alle Möglichkeiten geprüft, um einen zeitlichen Verzug durch den Standortwechsel zu vermeiden. Man sei somit auf einem guten Weg, auch für die ÖPNV-Anbindung des Standorts Feldstraße zeichnen sich Lösungen ab.

Herr Beigeordneter Hantusch bat um Akzeptanz der Entscheidung des Investors und erklärte, dass die Verwaltung die Vorlage vor dem angeführten Hintergrund zurückziehen werde.

Dem durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** gestellten Antrag zur Erteilung des Rederechts für Herrn Dane wurde seitens des Gremiums zugestimmt.

Durch **Herrn Dane, Vorstandsvorsitzender des Saarländischen Schwesternverbands**, wurde zu Beginn auf zeitgleich durch das Unternehmen in anderen Kommunen geführte Bauleitplanverfahren verwiesen. In Dessau-Roßlau seien sowohl Vorhaben als auch Verfahren als schwierig in ihrer Umsetzung zu bezeichnen, da wechselnde Mehrheiten in den verschiedenen Gremien der Stadt zu verzeichnen seien.

Demgegenüber müsse man für das Objekt in der Waldstraße zeitnah eine Alternative finden. Weitere Planungen – wie der benannte Wettbewerb für den Standort Schillerplatz – würden weitere Kosten verursachen und Zeit benötigen, wobei der Ausgang wiederum ungewiss sei. Dies mache das gesamte Vorhaben für den Investor unwirtschaftlich. Er sei in der Pflicht dem Aufsichtsrat des Unternehmens am 06.02.2012 eine Perspektive der weiteren Entwicklung aufzuzeigen.

Nach Abwägung der aktuellen Situation sei eine Umsetzung des Vorhabens am Schillerplatz aufgrund der bekannten Rahmenbedingungen als unrealistisch zu bezeichnen.

Für den neuen Standort in der Feldstraße seien klare politische Mehrheiten nötig. Dies zu Grunde legend, sei eine Realisierung am neuen Standort möglich. Das Grundstück biete obendrein den Vorteil einen Ersatzneubau für das Gesamtobjekt Waldstraße zu realisieren.

Nunmehr sei der Arbeitsauftrag an die Verwaltung zu erteilen, den Aufstellungsbeschluss für den Standort Feldstraße zur Entscheidung vorzubereiten, so **Herr Schönemann**. Zur Beschleunigung der Terminstellungen sei auch die Durchführung einer Sondersitzung des Ausschusses möglich. Mit klaren Mehrheiten sei ein Signal an den Investor zu senden.

Herr Dreibrodt, Fraktion der SPD, zeigte sich von der überraschenden Wende sehr positiv berührt. Er zitierte Äußerungen des ehemaligen Baudezernenten, der sich in der vergangenen Woche gegen einen Pferdewechsel aussprach. Im Gegenteil, die gute Entwicklung sei sehr zu begrüßen, da der Standort Feldstraße für das Vorhaben aufgrund der ehemaligen Bebauung und der ÖPNV-Anbindung sehr geeignet sei. Wegen des geringen Konfliktpotenzials sei mit Protesten der Anwohner nicht zu rechnen.

Aufgrund früherer Äußerungen und des Inhalts der Vorlage sei, so **Herr Trocha, Fraktion der CDU**, die neue Situation nicht so einfach hinnehmbar. Er bat um ein Statement des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege.

Man befinde sich für den alternativen Standort in einem frühen Prozess der Prüfung der Rahmenbedingungen, so **Herr Beigeordneter Hantusch**, in den das Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege einbezogen sei. Weitere Festlegungen werde man im Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan für das Altenpflegeheim in der Feldstraße vornehmen.

Durch **Herrn Schönemann** wurde darauf verwiesen, dass seitens des Bauausschusses bereits frühzeitig die Prüfung von alternativen Standorten gefordert wurde.

Herr Gebhardt, Fraktion der CDU, lobte das Beharrungsvermögen des Investors am Standort Roßlau. In der Vergangenheit habe die Stadt in dieser Sache eine beschämende Außenwirkung gezeigt, da ein einstimmiges Votum des Ortschaftsrates durch den Stadtrat untergraben wurde. Der Standort Feldstraße befinde sich in einem reinen Wohngebiet, die betroffenen Bürger werden sich ebenso wie am Standort Schillerplatz wehren.

Dass die Stadt die Hoheit in der Entscheidungsfindung habe, wurde durch **Herrn Schönemann** hervorgehoben. Stets wurde mit dem Investor eine kontroverse Diskussion geführt.

Direkt an Herrn Beigeordneten Hantusch richtete **Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, die Frage, warum er die Vorlage in dieser Form eingebracht habe und nachdem der Ortschaftsrat und der Bauausschuss dafür gestimmt hatten und der Oberbürgermeister sich in der Stadtratssitzung befürwortend ausgesprochen habe, dagegen argumentiert habe. Dem Beschlussvorschlag sei eine Abwägung von Alternativstandorten vorangegangen und habe Beschlussreife erlangt. Er sei erstaunt vom Sinneswandel, dieser stimme ihn bedenklich. Dem Investor sei nicht ermöglicht worden, seine Ansprüche in einem legitimierten Verfahren geltend zu machen. Das Vorgehen sei nicht nur investoren- sondern auch altenfeindlich, ignorant und unverschämt.

Er vermisse beim Vorredner die gebotene Sachlichkeit, so **Herr Beigeordneter Hantusch**. Er habe in der betreffenden Stadtratssitzung gesagt, man hätte die Rahmenbedingungen vor dem Grundstückserwerb klären müssen. Im Verfahren sei alles unternommen worden, um die Investition am gewählten Standort zu ermöglichen.

Im Zuge der Beschlussfolge und der Bedenken der verschiedenen Gremien war Flexibilität nötig, auch über Alternativen nachzudenken. Als erkennbar war, dass die Vorlage nicht mehrheitsfähig sei, wurden zeitnah Gespräche mit dem Investor geführt. Nunmehr benötige man ein Votum für den Standort Feldstraße, ansonsten bleibt der Investor nicht in Roßlau.

Nach der bislang geführten Diskussion bleibe dem Investor keine Alternative, so **Frau Müller, Ortsbürgermeisterin Roßlau**. Die Frage sei, ob ein Tausch der Grundstücke erfolgen soll, wie die finanziellen Rahmenbedingungen aussehen werden und was aus dem Grundstück Schillerplatz werde, nachdem dann die Stadt in der Pflicht sei.

Nachdem der Bauausschuss als fachkompetentes Gremium sich für das Vorhaben am Schillerplatz ausgesprochen habe, sei sie sehr erstaunt gewesen, dass die Diskussionen im Stadtrat erneut geführt worden.

Die angefragten Rahmenbedingungen für den Grundstückstausch befänden sich in Klärung, so **Herr Beigeordneter Hantusch**. Dass somit die Stadt in der Pflicht sei, bestätigte er. Man werde die Möglichkeiten einer Beräumung der Flächen prüfen, um sie im Anschluss zum Zukauf durch die Anrainer anzubieten. Diese Lösungen werde man sukzessive erarbeiten. Er appellierte an die Mitwirkung aller Beteiligten, den Erfolg des Projekts zu ermöglichen.

Ergänzend appellierte **Herr Schönemann** zu einmütigen, geschlossenen Beschlüssen und zu einem Aufeinanderzugehen.

Durch die Rede von Herrn Hantusch in der Stadtratssitzung sei der Investor hinsichtlich des Standorts in die Enge getrieben worden, so **Herr Mau, Fraktion der CDU**. Für den neuen Standort in der Feldstraße seien gleiche Problemlagen zu erwarten. Er verwies auf das Ortsteilkonzept und die Errichtung eines Teilzentrums Roßlau, in dem das Vorhaben ein wichtiges Teilprojekt darstelle. Die Alten der Gesellschaft an den Rand zu drängen sei nicht zielführend.

Dieser Polemik bedarf es nicht, erwiderte **Herr Beigeordneter Hantusch**. In der Stadtratssitzung wurde klar, dass auch mit der Durchführung eines Architekturwettbewerbs, dessen Kosten mit 40-60 T€ zu beziffern seien, keine befriedigende Lösung zu erarbeiten sei. Auch aus Sicht

der Terminstellungen sei das als nicht zielführend zu bezeichnen. Ebenso sei zu erkennen, dass aufgrund des suboptimalen Grundstücks am Schillerplatz Auflagen erteilt werden müssen.

Herr Dreibrodt erinnerte an die Äußerungen des Herrn Hantusch in der Stadtratssitzung, dass der Investor vor dem Grundstückskauf schlecht beraten gewesen sei. Der gelaufene demokratische Abstimmungsprozess sei zu beachten. Jeder Standort habe seine besonderen Rahmenbedingungen. Für den Schillerplatz seien diese als denkbar schlecht zu bezeichnen. Auch gingen die Festlegungen des Aufstellungsbeschlusses – wie auch Herr Tonndorf anmerkte – zu weit, um noch entscheidende Änderungen vornehmen zu können.

Aus dem Grundstückstausch resultiere die Chance der Beräumung und der Schaffung einer öffentlichen Durchwegung. Er appellierte an die Ortschafts- und Stadträte auf die neue Situation positiv einzugehen.

Dass der Standort Schillerplatz für ein Altenpflegeheim geeignet sei, sei durch ihn immer bestätigt worden, so **Herr Tonndorf, Fraktion Neues Forum**. Jedoch schrieb der Aufstellungsbeschluss dem Vorhaben ein zu enges Korsett für die weitere Entwicklung des Projekts vor. Dies begründete auch seine Ablehnung im Stadtrat im Gegensatz zu seiner Zustimmung im Ortschaftsrat.

Nachdem **Herr Dreibrodt** aus einer Veröffentlichung der Mitteldeutschen Zeitung zum Vorhaben zitierte, votierte **Herr Schönemann** dafür, den Arbeitsauftrag

„Abstimmung der Verwaltung mit dem Saarländischen Schwesternverband
zur zeitnahen Qualifizierung der Planungen für den alternativen Standort
Feldstraße“

zur Abstimmung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

5 : 0 : 4

Der Arbeitsauftrag wurde bestätigt.

Die Beschlussvorlage wurde zurück gezogen.

Herr Dane gab abschließend seiner Hoffnung auf eine tragfähige Mehrheit im Stadtrat Ausdruck, die Grundlage der weiteren Entwicklung sei. Auch hoffe er auf Unterstützung, sollten wiederum Anwohner gegen das Vorhaben votieren.

6.4. Optimierung der kommunalen Archivierung - Konzept zur räumlichen Unterbringung des Archivs der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/344/2011/I-41

Herr Dr. Kreißler, Leiter des Stadtarchivs, erläuterte anhand einer Präsentation die Ausgangssituation in Bezug auf die Aufgaben der kommunalen Archivierung, die Personalsituation, die derzeitigen Standorte der Archive und deren Kapazitäten. Als Zielrichtung der weiteren Entwicklung erläuterte er Standortalternativen in drei Varianten, wobei zentrale Aspekte in der Variantendiskussion die Innenstadtentwicklung und die Nähe zur Kernverwaltung darstellen. Zu empfehlen sei der Standort der ehemaligen Schade-Brauerei bzw. der Schulstandort in der Flössergasse. Weitere potentielle Partner seien in das künftige Konstrukt einzubeziehen, um Synergieeffekte einer komplexeren Lösung zu generieren. Ziel der zur Diskussion stehenden Vorlage sei es, eine belastbare Untersuchung der Alternativen durchzuführen. Abschließend gab er den dafür vorgesehenen Zeitplan zur Kenntnis.

Auf Nachfrage von **Herrn Trocha, Fraktion der CDU**, wurde mit 6 – 1 – 0 das Abstimmungsergebnis des Kulturausschusses zur Kenntnis gegeben.

Hierzu erläuterte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dass seine Gegenstimme im Kulturausschuss daraus resultiere, dass lediglich der 2. Beschlussvorschlag Beschlussreife besitze. Zum Beschlussvorschlag 1 sei im Vorfeld zu klären, an welchem Standort die Verwaltung konzentriert werden soll, um dann auch eine örtliche Anbindung der Archivierung vornehmen zu können. Darüber hinaus seien die mittelfristige Mittelverfügbarkeit und die Prioritätensetzung für Investitionsvorhaben zu beachten, die der vorgestellten Zeitplanung entgegenstünden.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, verwies auf einen Beschluss des Beirats zur Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzepts und des Masterplans Innenstadt, der eine Zentralisierung der Verwaltung in der Innenstadt Dessaus zum Inhalt habe. Die Frage der Realisierungschancen sei in Bezug auf die finanziellen Spielräume als kritisch einzuschätzen.

Hierzu erklärte **Herr Vorjans, Leiter des Amtes für Kultur**, dass für die konzeptionellen Untersuchungen 15 T€ in den Haushalt 2012 eingestellt worden. Ebenso seien die Mittel für die Erüchtigung des Standorts Schlossplatz 4/5 in Höhe von 80 T€ im Haushalt des Jahres 2012 enthalten.

An Herrn Schönemann gerichtet, verwies **Herr Trocha, Fraktion der CDU**, darauf, dass im Beirat kein entsprechender Beschluss gefasst wurde.

Man habe aber, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, die Bestätigung dieser Richtung explizit abgefragt und ein einhelliges Votum zur Zentralisierung der Verwaltung in der Innenstadt Dessau erhalten.

Auf den Einwurf von **Herrn Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, dass das Votum des beratenden Beirats nicht maßgebend sei, erwiderte **Herr Schönemann**, dass man hier von einer Richtung weisenden Meinungsäußerung sprechen müsse.

Durch **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, wurde erklärt, dass man neben der Zentralisierung und der Unterbringung des Archivs auch die anderen Bereiche der kommunalen Archivierung, wie Depot- und Magazinstandorte, zu berücksichtigen habe. Eine konzeptionelle Voruntersuchung sei als Ziel führend zu bezeichnen und deshalb sehr zu empfehlen.

Resümierend bemerkte **Herr Otto**, dass die Diskussion sehr deutlich mache, dass eine Beschlusslage zur Konzentration der Verwaltung als notwendig zu erachten sei. Damit sei die Frage zu beantworten, welche Gebäudesubstanz im Stadtgebiet künftig zur Verfügung stehen werde und man könne die Standortfestlegung für die zukünftige Archivierung vornehmen.

Dies werde man als Arbeitsauftrag für die Verwaltung aufnehmen, so **Herr Schönemann**.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgten, wurde die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 1 : 1

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich, ungeändert bestätigt.

**6.5. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 59 "Freizeitcamp am Luisium" - Billigungs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: DR/BV/409/2011/VI-61**

Einführungsbedarf bestand nicht.

Durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wurde angeregt, Stellplätze für Caravans im Bereich des Freizeitcamps auszuweisen.

Seitens **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, wurde eine Prüfung zugesagt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgten, wurde die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

**6.6. Sanierungsgebiet Dessau-Nord - Multifunktionsplatz Eduardstraße
Vorlage: DR/BV/356/2011/VI-65**

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

7. Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1. Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

7.1.1. Auswertung der 5. Arbeitsgruppensitzung des Landes zu Grundwasser- und Vernässungsproblemen

Durch **Herrn Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, wurden die Inhalte und Ergebnisse der letzten Arbeitsgruppensitzung des Landes dargestellt. Seine Erläuterungen mündeten in der Information, dass Anfang Februar seitens des Landes eine Konkretisierung der Förderbedingungen vorgesehen sei.

Durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wurde darum gebeten, dass sich Vertreter des Fachamtes mit den Anwohnern im Bereich des Lorkteichs in Verbindung setzen, um die dortige Problematik der Regulierung des Wasserstandes des Gewässers zu besprechen.

Hierzu sei bereits für die kommende Woche ein Termin mit der Interessengemeinschaft Lorkgraben, Herrn Anders vereinbart worden, informierte **Herr Pfefferkorn**.

Auf Nachfrage von **Herrn Hoffmann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, inwieweit die Maßnahmen gegen die Vernässung mit den Ortsteilen abgestimmt sei, verwies **Herr Pfefferkorn**

auf die Bürgerversammlungen in Alten und Mosigkau, in denen die Maßnahmen vorgestellt worden. Darüber hinaus wurden die Handlungsempfehlungen, einschließlich einer Prioritäten- setzung, im Bauausschuss vorgestellt und durch das Gremium durch Beschluss bestätigt.

Ergänzend verwies **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, auf weitere Gespräche, die in den Ortsteilen geführt werden.

Das Know-how in den Vororten sei zu nutzen, so **Herr Schönemann**. Darüber hinaus seien, so **Herr Hoffmann**, die Gespräche mit den angrenzenden Gebietskörperschaften zu führen, um, beispielsweise in Richtung Aken, ein Staumanagement zu vereinbaren.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

7.1.2. Städtebauliche Reparatur des Meisterhausensembles - Information zum Stand des Projektes und dem weiteren Ablauf

Um dem gegebenen Versprechen nachzukommen, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, einfühend, werde man an dieser Stelle die regelmäßige Information zum Stand der Reparaturmaßnahmen am Meisterhausensemble fortsetzen.

Durch **Herrn Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, wurde ein- gangs die Entwicklung des Projekts in den vergangenen 15 Monaten rekapituliert. Er erinnerte an den Entscheidungsbedarf zur Errichtung der Umfassungsmauer, der neben der Information zu Kostenentwicklung einer weitergehenden Berichterstattung im Gremium bedürfe.

Nachdem der Baustart im Juli 2011 erfolgt sei und sich die Mitglieder des Bauausschusses am 06.10.11 vor Ort ein Bild vom Baufortschritt machen konnten, sei heute eine Information zur Entwicklung im Bereich der transluzenten Fensteröffnungen vorgesehen.

Herr Marquez, Büro bfm-Architekten, verwies mit der Metapher von Unschärfe und Erinnerung an die Grundidee des Entwurfs. Hierzu wurden als Materialien gegossener Dämmbeton und Harz für die Fassade und Fensteröffnungen vorgesehen. Aufgrund ungenügender Materialeigenschaften hinsichtlich der Festigkeit musste bereits für die Außenwände eine Alternative gefunden werden. Nachdem eine Zeitlang die Materialeigenschaften und die Kosten für die in Harzverguss vorgesehenen Fensteröffnungen geprüft wurden, einigte man sich im Ergebnis auf miteinander verschmolzene Glasscheiben. Er zeigte hierzu eine Musterscheibe und erläuterte die Detailausführung am Übergang zwischen Fensteröffnung und Fassadenoberfläche. Zum weiteren Ablauf des Vorhabens schätzte er die Fertigstellung des Rohbaus beider Häuser mit Ende Juni/Anfang Juli 2012 ein.

Darüber, dass die vorgeschlagene Ausführung der Fensterverglasung sowohl mit der Denkmal- pflege als auch mit der Stiftung Bauhaus abgestimmt sei, informierte **Herr Hantusch, Beige- ordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**.

Durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wurde darum gebeten, eine der nächsten Sitzungen des Gremiums wieder auf der Baustelle stattfinden zu lassen.

Auf Nachfrage von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, zum Abschluss des Vorhabens, be- nannte **Herr Marquez** Ende 2012 als Fertigstellungstermin, wobei eine feierliche Eröffnung ter- minlich zu Anfang 2013 einzuordnen wäre.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

7.1.3. ExWoSt-Forschungsfeld "Innovationen für Innenstädte"

Darüber, dass seitens der Verwaltung eine Bewerbung im ExWoSt-Forschungsprojekt „Innovationen für Innenstädte“ erfolgte, habe man, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, bereits im Stadtrat informiert. Zum heutigen Zeitpunkt könne man darüber berichten, dass man nach der Vorstellung des Projekts unter Einbeziehung aller beteiligten Partner im Quartier Lange Gasse als einzige Kommune in den neuen Bundesländern den Zuschlag bekommen habe.

Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege, erläuterte im Weiteren mit dem „Weißbuch Innenstadt“ die Basis des Modellvorhabens Lange Gasse. Sie stellte die Projektstruktur sowie die einzelnen Handlungsebenen vor und beschrieb den Zeitraum des Vorhabens mit den Jahren 2012 bis 2014, einschließlich der im Zeitraum beinhalteten Meilensteine in der Bearbeitung. Nachdem seitens der Forschungsagentur weitere Vorgaben aufgemacht werden, werde man erneut informieren.

Dass bei der Bewerbung trotz vorliegender Planungen die Priorität auf Konzeptentwicklung statt auf Investitionen gelegt wurde, stieß bei **Herrn Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, auf Unverständnis. Er sehe hier die Gefahr, dass man in drei Jahren wiederum lediglich Konzepte vorzuweisen habe.

Die Entwicklung sei zwischenzeitlich weitergegangen, so **Herr Beigeordneter Hantusch**, so dass vorliegende Planungen teilweise überholt seien. Um in der derzeit schwierigen Lage Investoren nach Dessau zu holen, müssen die Konzepte die Investoren begeistern und sie zur Umsetzung drängen. Erste Gespräche hierzu seien bereits Anfang Februar mit dem Eigentümer der ehemaligen Schade-Brauerei und einem potentiellen Investor vorgesehen.

Auf Nachfrage von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, zu den Partnern des Forschungsprogramms, benannte **Frau Jahn** das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und die Büros Imorde sowie Junker und Kruse. Man werde zur Verdeutlichung der Aufgaben und Ziele des Forschungsprojekts eine Information dem Protokoll der heutigen Sitzung beilegen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

7.2. Sonstige Anfragen und Mitteilungen

In Vorbereitung der nächsten Sitzung des Gremiums bat **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um Vorbereitung folgender Themenstellungen:

- Information zur städtebaulichen Quartiersentwicklung an den Einzelhandelsstandorten Schlachthofgelände und Goethestraße
- Sachstand im Klageverfahren zur Errichtung eines Factory-Outlet-Centers am Standort Brehna
- Erläuterung der Grundstückshistorie (Alteigentümer bis heute) des Grundstücks nördlich des Schillerplatzes (B-Plan Nr. 60 „APH am Schillerplatz“)

Durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wurde darum gebeten, im Bereich des Weges vom Kühnauer See in Richtung Bruchgrabenschleuse, eine Beräumung des Schnittguts des angrenzenden Strauchwerks vorzunehmen.

Zur Rundbogenhalle auf dem ehemaligen Junkalor-Gelände hinterfragte er den Stand der Reparaturarbeiten sowie Überlegungen, die Halle eventuell doch dem Technikmuseum „Hugo Junkers“ zu übertragen.

Zur Übertragung der Halle könne man Informationen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung geben, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Zu den Vorbereitungen der Schadensreparatur an der Halle erklärte **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, dass die auszuwechselnden Bleche angefertigt seien und eine Probemontage erfolgreich war. Aufgrund der zur erwartenden Witterung werde man die Reparaturarbeiten derzeit aussetzen.

Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, machte auf eine Gefahrenquelle durch einen offenen Lichtschacht im öffentlichen Verkehrsraum im Bereich der Kantorstraße aufmerksam.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:30 Uhr schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

10. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 20:00 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 20.01.12

Ralf Schönemann
Vorsitzender des
Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf
Schriftführer

VI

Anlagen:

1. Anwesenheitsliste
2. Modellvorhaben Innovationen für Innenstädte – Präsentation zu TOP 6.1.3
3. Modellvorhaben Innovationen für Innenstädte – Steckbrief Stadt Dessau-Roßlau, Quartier Lange Gasse
4. Modellvorhaben Innovationen für Innenstädte – Informationen zu den Beteiligten